

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Volt-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe GUT

An den
Vorsitzenden des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/
Vergabe/Internationales

Herrn
Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 03.03.2021

AN/0411/2021

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	08.03.2021

Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die o. g. Fraktionen und Ratsgruppe bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 08. März 2021 zu nehmen:

Mit AN/1027/2018 wurde zur Förderung des Umstiegs auf die Nutzung von Fährädern die Verwaltung beauftragt, die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Dienstfahrräder mit der Option zur privaten Nutzung geleast werden können.

Bei den Tarifverhandlungen im Oktober 2020 haben sich nun die Tarifparteien auf die Aufnahme einer entsprechenden Entgeltumwandlung zum Fahrrad-Leasing in den neuen Tarifvertrag verständigt. Am 13. Januar 2021 fanden noch entsprechende Redaktionsverhandlungen zur Klärung von Detailfragen statt. Das Ergebnis ist derzeit noch nicht bekannt. Aber damit ist nun die Realisierung zu mindestens für Tarifbeschäftigte zum Greifen nahe. Eine Vorankündigung für die Mitarbeitenden ist aktuell im Intranet erfolgt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- 1) Wie sieht das geplante Procedere für die Entgeltumwandlung aus und wie schnell ist mit der Realisierung zu rechnen, d. h. werden die ersten Mitarbeitenden schon im Frühling ein geleastes „Dienstrad“ nutzen können?

- 2) Für die Beamten*innen (und auch für die tariflich Beschäftigten) soll es aufgrund fehlender rechtlicher Voraussetzungen wenigstens die Möglichkeit zur Beantragung eines unverzinslichen Gehaltsvorschusses zum Fahrraderwerb geben. Auf unseren o. g. Antrag hin, hat die Verwaltung Ende 2018 die Staatskanzlei NRW schriftlich gebeten, auf eine entsprechende legislative Novellierung des Besoldungsrechts hinzuwirken. Wie sieht hier der aktuelle Sachstand aus?
- 3) Laut dem aktuell vorgelegten Personalbericht haben 62 % (Stand 31.12.2019: 12.127 von 19.549 Mitarbeitenden) der städtischen Mitarbeitenden Ihren Wohnsitz in Köln. Wie viele Nachfragen von städtischen Mitarbeitenden zu diesem Thema liegen bereits vor und mit welcher Resonanz rechnet die Verwaltung?
- 4) Ist für die Ermittlung unserer Klimabilanz beabsichtigt, dezidiert zu erfassen, welches Wechselverhalten hinsichtlich ihres Fortbewegungsmittels bei den antragstellenden Mitarbeitenden dann stattfindet (z. B. Umstieg von Auto auf Fahrrad oder zusätzliche Nutzung zum Job ticket) und für welchen Zeitraum die Nutzung des Fahrrades geplant ist?

Die Beantwortung der Anfrage bitte ich zeitgleich dem Verkehrsausschuss und dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lino Hammer
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktion
gez. Thor Zimmermann
Ratsgruppe GUT

gez. Jennifer Glashagen
Volt-Fraktionsvorsitzende